



Dokumentation

1. Berliner Werkstattgespräch Medikamente – Aufklärung, Beratung, Behandlung

30. Juni 2010 im Rathaus Schöneberg, Berlin

Ein Gemeinschaftsprojekt der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin
und der Beratungs- und Behandlungsstelle FAM

Mit freundlicher Unterstützung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz sowie des
Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg

Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1:

„Was muss getan werden, um die Zielgruppen besser / früher zu erreichen?“

Ergebnisse	Maßnahmenvorschläge
<p>Das Bewusstsein für die Risiken von Medikamentenkonsum in der Bevölkerung sollte geschärft werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Thema über vorhandene Netzwerke bekannter machen • Öffentlichkeitswirksame Kampagnen starten • Kennzeichnung der Medikamentenpackungen oder der Beipackzettel, z. B. mit Telefonnummer einer Hotline zu Wirkung und Risiken von Medikamenten • Verstärkte Aufklärung durch Apotheker • Auslage von Informationen zum Umgang mit Medikamenten in Apotheken, Arztpraxen etc.
<p>Aufklärung der verschiedenen Zielgruppen, die in Präventions- Frühinterventionsbemühungen einbezogen werden sollten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mit Ärzten zu diesem Thema ins Gespräch kommen und Ärzt/innen sensibilisieren, insbesondere auch auf Stationen, wo betroffene Patient/innen wegen anderer Erkrankungen aufgenommen wurden (z. B. Orthopädie) und wo Medikamentenmissbrauch zwar offenbar wird, jedoch zu wenig Vermittlung in weitere Hilfen stattfindet • Hebammen, Familienhelfer/innen, etc. fortbilden • Konzept der Stadtteilmütter auch auf andere Bezirke ausweiten, um Familien mit Migrationshintergrund besser zu erreichen • Kinder in Kita und Schule zu verantwortungsvollem Umgang aufklären

<p>Körperbewusstsein und körperliche Aktivität fördern, da dadurch bestimmte Symptome (z. B. Schlafstörungen) gelindert werden können, anstatt mit Medikamenten dagegen vorzugehen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsfördernde Angebote in Sportvereinen stärker etablieren
<p>Es wird ein Bedarf an spezialisierten Angeboten gesehen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffen „neutraler“ Informations- und Beratungsstelle, die nicht mit Sucht assoziiert ist • Beratungsangebote in Kliniken installieren • Regelmäßig auf Medikamentenabhängigkeit spezialisierte Entzüge in Kliniken anbieten • Informationsstelle zu Wirkstoffen schaffen (Das Institut für klinische Pharmakologie Dresden bietet unabhängige Arzneimittelberatung – Anmerkung der Protokollantin)
<p>Zugang zu Suchthilfe niedrigschwelliger gestalten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Informationsveranstaltungen in anderen Settings, z. B. Stadteilläden, anbieten • Vorhandene Netzwerke und Kooperationen ausbauen (z. B. in die Altenhilfe oder mit Krankenhäusern) • Suchtberatungsstellen nicht mehr Suchtberatungsstellen, sondern z. B. Gesundheitsberatungsstellen nennen • Interkulturelle Kompetenzen ausbauen
<p>Entmoralisierung des Themas in Sucht- und Suchtselbsthilfe</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Keine grundsätzliche Verurteilung von Medikamenteneinnahme, sondern Anerkennen der heilenden bzw. lindernden Wirkung • Schaffen von Gruppenangeboten
<p>Als weitere Problemstellung wurde benannt, dass die Verfügbarkeit von Medikamenten durch den Internetkauf steigt, bei gleichzeitiger Abnahme der Beratungs- und Kontrollmöglichkeiten durch die Apotheken. Eine Lösung für dieses Problem wurde nicht gefunden In Bezug auf den Vorschlag, hässliche anstatt bunte Pillen auf den Markt zu bringen, wurde ebenfalls keine Umsetzungsidee formuliert.</p>	

Arbeitsgruppe 2:

„Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Medikamenten als gesellschaftliche Herausforderung – Welche Ebenen müssen wie einbezogen werden?“

Ergebnisse	Maßnahmenvorschläge
Wirtschaft und Politik muss als wichtiger Einflussfaktor mit bedacht werden	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitswesen ist Wirtschaftsfaktor und „Markt“ → Präventionsinteressen müssen gegenüber wirtschaftlichen Interessen deutlicher gemacht werden; Forderungen formulieren • Politiker/innen motivieren, im Sinne des Verbraucherschutzes regulierend einzugreifen (Bundes- und EU-Politik: Bsp. geplante Werbung für rezeptpflichtige Arzneimittel verhindern) • Berücksichtigung der sozialen Lage von (allein erziehenden) Müttern → bessere Unterstützung bei Doppelbelastung
Professionelle Zielgruppen: Ärzt/innen und Pflegepersonal, Altenpflege, Apotheker/innen, Krankenkassen, Sozialarbeit benötigen mehr Wissen und Handlungskompetenz	<ul style="list-style-type: none"> • Fortbildungen in Zusammenarbeit mit Verbänden, z. B. Ärztekammer initiieren • Fachtagung, Seminare professionsübergreifend veranstalten
Allgemeinbevölkerung insbesondere in den Settings Schule und Familie aufklären.	<ul style="list-style-type: none"> • Aufklärung (über Medien inkl. Internet) platzieren → Öffentlich-rechtliche Sender – möglicherweise über BZgA kontaktieren; Öffentlichkeitswirksame Kampagne starten • Mütter in Prävention einbinden → bestehende Elternbriefe von ANE e.V. um das Thema Aufklärung zu Risiken des Medikamentenkonsums ergänzen

- Informationsmaterial erstellen (kostenlos): sowohl allgemein, zur Reflexion anregend als auch dezidiert auf Medikamente und Zielgruppen bezogen; bestehende Angebote, wie z. B. „Gute Pillen, schlechte Pillen“ nutzen
- Suchtprävention im Rahmenlehrplan der 8. Klassen verankert → um das Thema Medikamentenkonsum ergänzen
- Eigenes Fach: Gesundheitserziehung in Schule implementieren
- Förderung eines anderen Umgangs mit Druck, Stress und beschleunigter Gesellschaft

Fazit

Beide Arbeitsgruppen haben vielfältige Ergebnisse erbracht. Im zweiten Schritt müsste überlegt und geplant werden, welche der Vorschläge wie und durch wen operationalisiert werden sollen bzw. können.

Um die Umsetzung von Maßnahmen zu befördern bzw. zu gewährleisten, sollte u. E. ein Folgetreffen stattfinden, zum dem wir einladen werden. Wünschenswert wäre z. B., dass sich eine Projektgruppe gründet, die Aktivitäten plant, initiiert und koordiniert.

Ein erstes erfreuliches Ergebnis hat sich bereits am Ende des Werkstattgespräches ergeben: Der Präsident der Apothekerkammer bietet an, einen Artikel zu unserem Anliegen und den Ergebnissen des Werkstattgespräches in der Apothekerzeitschrift zu veröffentlichen sowie eine gemeinsame Pressemitteilung zu veröffentlichen.